

Walter Vogel  
Bühlwiesenstrasse 12  
8500 Frauenfeld

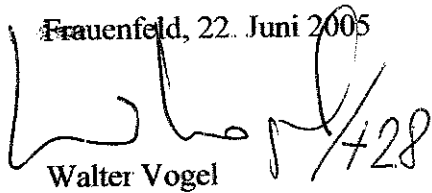
EINGANG GR		
22 JUNI 2005		
04	MO 10	130

## Motion

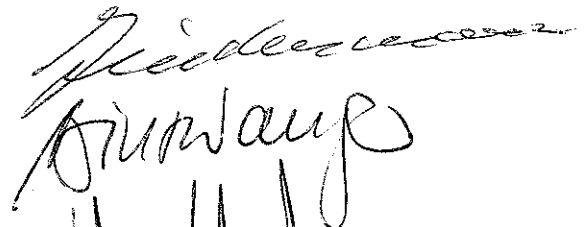
### Korrektur der steuerrechtlichen Mehrbelastungen der alleinstehenden Personen

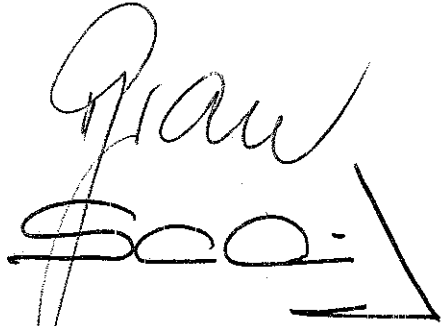
Der Regierungsrat des Kantons Thurgau wird eingeladen, das Steuergesetz dahingehend zu revidieren, dass die durch die Revision vom 30. Juni 2004 (Teilsplitting für Ehegatten) eingetretenen steuerlichen Mehrbelastungen der alleinstehenden Personen korrigiert werden.

Frauenfeld, 22. Juni 2005

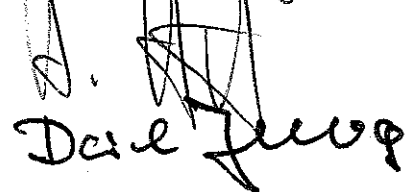
  
Walter Vogel

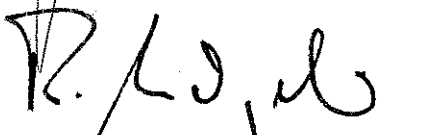
  
M. Markballe

  
D. H. Jung

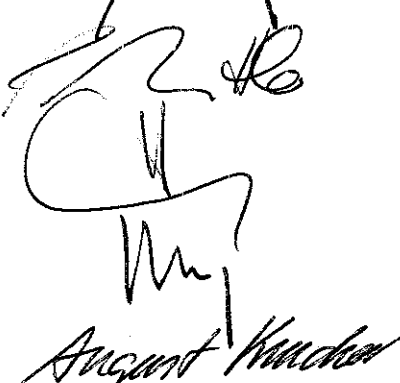
  
G. Raw

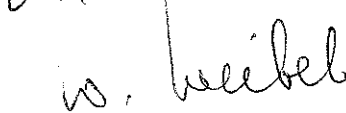
  
H. W. Löffel

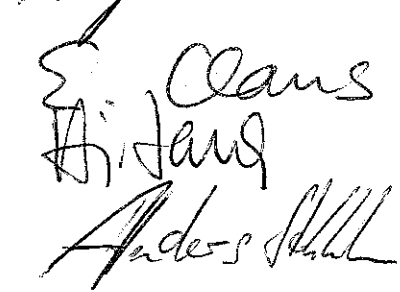
  
D. H. Jung

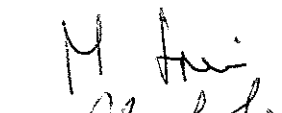
  
R. L. L. L.

  
G. P. Allersbach

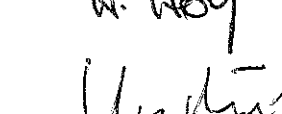
  
August Kuchler

  
W. Weibel

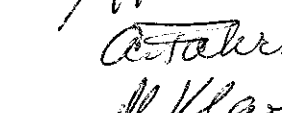
  
E. Claus

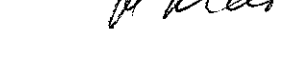
  
M. Frei

  
Ch. Loh

  
W. Holz

  
U. Stürli

  
A. W. W. W.

  
A. K. K. K.

## **Motion zur Korrektur der steuerrechtlichen Mehrbelastungen der alleinstehenden Personen**

**Der Regierungsrat des Kantons Thurgau wird eingeladen, das Steuergesetz dahingehend zu revidieren, dass die durch die Revision vom 30. Juni 2004 (Teilsplitting für Ehegatten) eingetretenen steuerlichen Mehrbelastungen der alleinstehenden Personen korrigiert werden.**

### **Begründung:**

Am 30. Juni 2004 beschloss der Grosse Rat eine Steuergesetzrevision, in welcher auf 68 Millionen Franken verzichtet wurde, vorab um damit Ehepaare und Alleinerziehende mit Kindern zu entlasten. Die Einführung des Teilsplitting für Ehegatten erfolgte bewusst unabhängig vom Ausgang der Abstimmung über das Steuerpaket des Bundes.

Schon im Vorfeld der Debatten im Grossen Rat hatten Stimmen gewarnt, faktisch werde umverteilt, indem durch Streichen des persönlichen Sozialabzuges die alleinstehenden Personen massiv mehrbelastet würden. Auf diese Kritik hin hatte die vorberatende Kommission den Steuertarif derart anzupassen gesucht, dass Alleinstehende ohne Kinder die Steuerentlastungen für Familien möglichst geringfügig über höhere Steuern finanzieren müssten.

Nach Ausführungen des Chefs der Kantonalen Steuerverwaltung in der TZ vom 2. Juni werden nun aber 40 Prozent der Alleinstehenden ohne Kinder mit teils erheblichen zusätzlichen Steuerbeträgen zur Kasse gebeten. Gründe hiefür seien die Steuergerechtigkeit, weil Ehepaare bis anhin im Vergleich zu viel Steuern bezahlt hätten. Andererseits wäre ohne Mehrbelastung der Einnahmefall für den Kanton nicht verkraftbar gewesen.

Beide Gründe überzeugen nicht. Die Finanzlage des Kantons verlangt keineswegs eine Mehrbelastung der Singles. Das zeigt die bereits angelaufene Diskussion über die Senkung des Staatssteuerfusses. Was die Steuergerechtigkeit betrifft – die Eliminierung der Vorteile für Konkubinatspaare – ist die Argumentation besonders schwach: 55 Prozent der Bevölkerung des Kantons bestehen aus alleinstehenden Personen aller Altersklassen mit eigenem Haushalt, jüngere Unabhängige wie auch ältere alleinstehende Personen mit einem gewissen Renteneinkommen und möglicherweise noch Eigenmietwert. Stabile Konkubinatspaare nehmen einen verschwindend kleinen Raum ein. Wir können uns ganz einfach nicht leisten, ungebundene bessersituierte Alleinstehende in steuergünstigere Kantone abwandern zu lassen!

Diese unbefriedigende Situation muss schnellstens korrigiert werden. Es ist kein Zufall, dass der Thurgau in der Steuerrangliste der Kantone zurückgefallen ist. Vorab bietet sich für eine rasche und effiziente Korrektur die Wiedereinführung eines Sozialabzugs für alleinstehende Personen ohne Kinder an. Es handelt sich um einen kantonalen Sozialabzug, der nach Art. 9 Abs. 4 des Steuerharmonisierungsgesetzes zulässig ist. **Das Bundesgericht definiert in einem jüngsten Entscheid (BGE 128 II 66 übersetzt in Praxis des Bundesgerichts 2002 Nr. 148, S. 801 ff) den Zweck eines solchen zulässigen Sozialabzugs damit, dass er „grundsätzlich in keiner Beziehung zu besonderen Aufwendungen „ stehe, „sondern den sozialen Status des Steuerpflichtigen“ berücksichtige „und einen gerechten Ausgleich zwischen verschiedenen Gruppen von Steuerpflichtigen schaffen muss (S. 808).** Treffender könnte man den Zweck dieser Motion gar nicht umschreiben.